

## C1 Feministische Arbeitsmarktpolitik

Antragsteller\*innen:

Tagesordnungspunkt: 8 Antragsberatung und Beschlussfassung

### Antragstext

Die SPD Thüringen setzt sich für eine vollumfängliche Umsetzung einer feministischen Arbeitsmarktpolitik ein. Hierzu zählen in Thüringen insbesondere folgende konkrete Arbeitsmarktmaßnahmen:

1. **Unbefristete Verstetigung und flächendeckender Ausbau**

**derpraxisintegrierten Ausbildung (PiA)** sowie Ausbau dieses Angebots an staatlichen Fachstellen sowie staatlich anerkannten Ersatzschulen

- Erzieher\*innen müssen landesweit und vollumfänglich von der PiA Gebrauch machen können. Denn es entbehrt jeder Logik, dass Ausbildungsberufe, die den Menschen dienen und – wie in diesem Fall – dafür sorgen, dass Eltern überhaupt dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen, nicht nur grundsätzlich nicht vergütet werden, sondern Auszubildende dieser Berufe sogar darüber hinaus Schulgeld zahlen müssen. Insbesondere Frauen sind hierdurch doppelt benachteiligt. Denn sie sind überproportional in den wichtigen sozialen Berufen tätig sind UND deutlich häufiger abhängig davon, dass ihre Kinder gut in Kindertagesstätten betreut werden, damit sie selbst einer (Vollzeit)Erwerbsarbeit nachgehen können.

2. **Auszubildenden- und Studierendenwohnheime** mit einem (Jugend-)Schutzkonzept, der insbesondere den **Schutz von jungen Frauen und INTA-(Intergeschlechtlichen, Nonbinären, Transgender- und Agender-)Personen** vorsieht.

3. **Ausbau des Thüringer Bildungsfreistellungsfreistellungsgesetzes:**

Ausweitung auf schulisch Auszubildende & einen vollen Anspruch von 5 Tagen für alle Auszubildenden

Außerdem muss die Gesetzgebung und -umsetzung insgesamt echte und wirksame Rahmenbedingungen für die Gleichstellung von Frauen am Arbeitsmarkt und im Privatleben schaffen. Dafür soll unter anderem **Checkverfahren – auf Landes- und Bundesebene** eingeführt werden, welches alle geplanten Gesetze, Verordnungen und Regelungen der Länder oder des Bundes unter gleichstellungspolitischen Aspekten

prüft. Das Instrument des Checkverfahrens, wie es im Übrigen die DGB-Frauen längst fordern, ist eine Voraussetzung, um Diskriminierungen von Frauen sichtbar zu machen und sie zu beseitigen.

Neben den landespolitischen Maßnahmen, die die SPD-Thüringen verfolgt, wird sie sowohl innerhalb der SPD sowie in der Regierung auf Bundesebene eine feministische Arbeitsmarktpolitik vertreten, aktiv politische Mehrheiten für dieses Vorhaben gewinnen und auf die Umsetzung folgender Regelungen & Gesetze hinwirken:

### **1. Stärkung der partnerschaftlichen Verteilung von unbezahlter Sorgearbeit:**

- fünfzehntägige vollbezahlte Partnerschaftsfreistellung nach Geburt eines Kindes
- Erhöhung der Partnermonate in der frühen Familienphase
- Entgeltersatzleistung für Pflegende, die ihre Erwerbstätigkeit kurzfristig unterbrechen oder längerfristig reduzieren müssen
- Anreize für eine geschlechtergerechte Inanspruchnahme von Pflegezeiten
- Ausweitung und umfangreiche Finanzierung von ganztägigen Kinderbetreuungseinrichtungen inklusiver auskömmlicher Personalbemessungsgrenze & der entgeltlichen wie sonstigen Aufwertung der Sozial- und Erziehungsberufe

### **2. Kinderkrankengeld erweitern:**

- Ausgleichszahlung von 100 %
- Langfristig einen Anspruch auf 15 Tage pro Kind & pro Elternteil (beziehungsweise 30 Tage pro Kind bei Alleinerziehenden)
- Analog zu §9 BurlG soll der Urlaub von Beschäftigten, deren Kinder im Urlaub erkranken, durch die Vorlage eines entsprechenden ärztlichen Zeugnisses nicht angerechnet werden (verfallen)

### **3. Stärkung der Tarifbindung** mit dem Ziel der flächendeckenden Anwendung von Tarifverträgen – denn wo Tarifverträge gelten sind die Verdienstunterschiede zwischen den Geschlechtern geringer & die Arbeitsbedingungen besser

- 59 4. **geringfügige Beschäftigung** muss ab der ersten Arbeitsstunde  
60 sozialversicherungspflichtig werden
- 61 5. **Ausweitung der Mindestausbildungsvergütung** auch für Auszubildende in einer  
62 schulischen Berufsausbildung, denn junge Frauen absolvieren deutlich  
63 häufiger eine schulische Ausbildung als junge Männer, die eher eine duale  
64 Berufsausbildung absolvieren.
- 65 6. **Souveräne Arbeitszeitgestaltung:**
- 66 • Rechtsanspruchs der Beschäftigten auf die Gestaltung der Dauer, Lage und  
67 Rhythmus der vertraglich geregelten Arbeitszeit sowie auf die Wahl des  
68 Arbeitsortes
  - 69 • Ausweitung des Anwendungsbereichs der Brückenteilzeit, um auch Frauen in  
70 kleinen und Kleinstbetrieben nicht länger vom Recht auf befristete  
71 Teilzeit auszuschließen
- 72 7. **Geschlechtergerechtes Steuerrecht umsetzen:**
- 73 • Beseitigung der deutlichen steuerlichen Mehrbelastung von  
74 Alleinerziehenden
  - 75 • ersatzlose Abschaffung des sogenannten Ehegattensplittings, insbesondere  
76 der Möglichkeit der Steuerklassenkombination III/V
  - 77 • Individualbesteuerung mit übertragbarem Grundfreibetrag
- 78 8. **Ergänzung des Arbeitsschutzgesetzes** hinsichtlich der Integration von  
79 Präventionsmaßnahmen gegen Gewalt und sexueller Belästigung am  
80 Arbeitsplatz sowie Verpflichtung der Arbeitgeber\*innen ein gewalt- und  
81 belästigungsfreies Arbeitsumfeld zu schaffen
- 82 9. Umsetzung einer **geschlechtergerechten** (nicht geschlechterstereotypen)  
83 **Arbeitsvermittlung** & verstärkte Einbeziehung von Frauen in qualitativ  
84 hochwertige Arbeitsverhältnisse und Maßnahmen sowie Fort- und  
85 Weiterbildungen